

16. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktionen der CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Senat muss Mieterprobleme im Fanny-Hensel-Kiez ernst nehmen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die mit großen Mieterhöhungen konfrontierten Mieterinnen und Mieter des Sozialen Wohnungsbaus im Fanny-Hensel-Kiez, Schöneberger Straße, müssen durch den Senat unterstützt werden. Dazu sollen folgende Schritte unternommen werden:

1. Die bestehende Härtefallregelung (Mietausgleichsvorschriften) für vom Wegfall der Anschlussförderung betroffene Mieterinnen und Mieter soll unter Ausnutzung des Ermessensspielraumes angewendet werden. Das betrifft den befristeten Mietzuschuss und die Umzugsbeihilfe.
2. Der Senat soll an dem Runden Tisch im Bezirk teilnehmen und sich für eine gütliche Lösung mit dem Eigentümer einsetzen.
3. Der Senat soll die Belegungsbindung für die Sozialwohnungen nach Ablauf der Freistellung Ende 2011 wieder aufleben lassen.
4. Im Bedarfsfall sollen die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften Angebote für Ersatzwohnungen machen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2010 zu berichten.

Begründung:

Nach dem Ausstieg aus der Anschlussförderung hat der Eigentümer von Wohnungen im Sozialen Wohnungsbau rechtlich die Möglichkeit, die Miete bis auf die Kostenmiete anzuheben. In Verbindung mit der Aufhebung der Belegungs-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite
www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

bindung für sozialen Wohnraum nutzt der neue Eigentümer einiger Häuser im Fanny-Hensel-Kiez diese Möglichkeit zu deutlichen Mieterhöhungen aus.

Die Anhörung im Ausschuss für Bauen und Wohnen am 17. Februar 2010 hat deutlich gemacht, dass die Erhöhung der Grundmiete um mehr als 33% einen Großteil der Mieter zwingt, ihre Wohnung aufzugeben und dann innerhalb von nur 8 Wochen eine Ausweichwohnung gefunden und eventuell noch offene Schönheitsreparaturen durchgeführt zu haben. Bisher hat der Senat keinerlei Unterstützung bei der Suche nach neuem Wohnraum geleistet. Die den Mietern als infrage kommend benannten Wohnungsbaugesellschaften waren auf Nachfrage weder informiert, noch hatten sie entsprechende Angebote.

Berlin, den 22. Februar 2010

Henkel, Goetze, Stadtkewitz, Tamm

und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU

Pop Ratzmann Otto Kosche

und die übrigen Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen